

Aiko Wagner

Eine Frage der Klasse?

Analyse des Parteienwettbewerbs
nach Berufsklassen und politischen
Präferenzen

Die Friedrich-Ebert-Stiftung

Die Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) wurde 1925 gegründet und ist die traditionsreichste politische Stiftung Deutschlands. Dem Vermächtnis ihres Namensgebers ist sie bis heute verpflichtet und setzt sich für die Grundwerte der Sozialen Demokratie ein: Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität. Ideell ist sie der Sozialdemokratie und den freien Gewerkschaften verbunden.

Die FES fördert die Soziale Demokratie vor allem durch:

- politische Bildungsarbeit zur Stärkung der Zivilgesellschaft;
- Politikberatung;
- internationale Zusammenarbeit mit Auslandsbüros in über 100 Ländern;
- Begabtenförderung;
- das kollektive Gedächtnis der Sozialen Demokratie mit u. a. Archiv und Bibliothek.

Die Abteilung Analyse, Planung und Beratung der Friedrich-Ebert-Stiftung

Die Abteilung Analyse, Planung und Beratung der Friedrich-Ebert-Stiftung versteht sich als Zukunftsradar und Ideenschmiede der Sozialen Demokratie. Sie verknüpft Analyse und Diskussion. Die Abteilung bringt Expertise aus Wissenschaft, Zivilgesellschaft, Wirtschaft, Verwaltung und Politik zusammen. Ihr Ziel ist es, politische und gewerkschaftliche Entscheidungsträger:innen zu aktuellen und zukünftigen Herausforderungen zu beraten und progressive Impulse in die gesellschaftspolitische Debatte einzubringen.

FES diskurs

FES diskurse sind umfangreiche Analysen zu gesellschaftspolitischen Fragestellungen. Auf Grundlage von empirischen Erkenntnissen sprechen sie wissenschaftlich fundierte Handlungsempfehlungen für die Politik aus.

Über den Autor

Aiko Wagner ist DFG-Heisenberg Fellow am Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaft der Freien Universität Berlin. Er forscht zu politischen Einstellungen, Parteiensystemen, Wahlverhalten und politischem Wettbewerb.

Für diese Publikation ist in der FES verantwortlich

Jan Niklas Engels ist Referent für Empirische Sozial- und Trendforschung in der Abteilung Analyse, Planung und Beratung der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Eine Frage der Klasse?

Analyse des Parteienwettbewerbs
nach Berufsklassen und politischen
Präferenzen

3	ZUSAMMENFASSUNG
4	1 EINLEITUNG
5	2 BERUFSKLASSEN UND PARTEIPRÄFERENZEN
7	2.1 Parteipräferenzen entsprechend der Sonntagsfrage
11	2.2 Parteipotenzeniale und Potenzialausschöpfung
15	3 BERUFSKLASSEN UND WAHLVERHALTEN IM ZWEIDIMENSIONALEN POLITIKRAUM
19	4 FAZIT
21	Abbildungsverzeichnis
21	Literaturverzeichnis
22	Anhang

ZUSAMMENFASSUNG

Die Studie von Aiko Wagner untersucht, auf Basis der FES-Umfragedaten zur Kartografie der Arbeiter:innenklasse, welche Verbindung aktuell zwischen Berufsklassen und politischen Präferenzen im deutschen Parteienwettbewerb besteht. Überprüft wird dabei die bereits für andere europäische Länder untersuchte These, dass es einen tripolaren Wettbewerb zwischen Mitte-Links, Mitte-Rechts und rechtspopulistischen Parteien gibt.

In der Studie werden zuerst die Parteipräferenzen anhand der Sonntagsfrage verglichen – welche Berufsklassen stimmen überdurchschnittlich häufig für welche Parteien? Danach werden die Parteipotenziale und die Potenzialausschöpfung analysiert und die Fragen beantwortet, wie groß das jeweilige Wähler:innenpotenzial für die jeweiligen Parteien in den Berufsklassen ist, welche Parteien in welchen Berufsklassen ihre Potenziale bereits ausgeschöpft haben und in welchen Berufsklassen welche Parteien noch Wachstumschancen haben. Anschließend werden Berufsklassen und Wahlverhalten im zweidimensionalen Politikraum, anhand der soziokulturellen und sozioökonomischen Achse untersucht. Im letzten Analyseschritt werden logistische Regressionsanalysen verwendet, welche die Parteiwahl auf die Positionen und die Berufsklassen zurückführen.

Die Untersuchungsergebnisse zeigen auch für Deutschland einen tripolaren Wettbewerb zwischen Mitte-Links, Mitte-Rechts und rechtspopulistischen Parteien. Während die Mittelschicht zwischen Union, SPD und Grünen umkämpft ist, konkurrieren vor allem AfD, SPD und CDU/CSU beinahe auf Augenhöhe um die neue Arbeiter:innenklasse. Für Grüne und AfD scheinen die Berufsklassenprofile stärker über Positionen vermittelt, bei CDU/CSU und SPD liegen, wenngleich teils eher schwache, Berufsklasseneffekte jenseits von politischen Positionen vor.

Die CDU/CSU erhält ihre Stimmen etwas überproportional von Personen in Managementberufen, ist aber insgesamt ähnlich stark in allen Berufsklassen. Die SPD hat weiterhin in der (Dienstleistungs-)Arbeiter:innenschaft überproportional Unterstützung, aber insbesondere unter den erwerbstätigen Produktionsarbeitenden nicht denselben Erfolg wie in der Vergangenheit. Gegenwärtig ist die Potenzialausschöpfung der SPD gering, vor allem bei den sogenannten soziokulturellen (Semi-)Expert:innen, die stark den Grünen zuneigen. Hier liegt das größte nichtrealisierte Stimmenpotenzial der Sozialdemokrat:innen. Der AfD gelingt es weiterhin mit Abstand am besten, ihr Potenzial auszuschöpfen – über fast alle Berufsklassen hinweg, aber insbesondere unter den Produktionsarbeitenden. ←

Schon seit Jahrzehnten wird mit Blick auf die Entwicklungen von Parteiensystemen und politischem Wettbewerb in den etablierten Demokratien das Begriffspaar Dealignment und Realignment diskutiert (vgl. bereits Dalton et al. 1984). Vertreter:innen der Dealignment-These sprechen von einer abnehmenden Relevanz ehemals dominierender gesellschaftlicher Spaltungslinien (Cleavages) und zurückgehender Parteiidentifikationen. Prozesse u. a. der Individualisierung und Bildungsexpansion hätten die Bindungen zwischen Parteien und gesellschaftlichen Gruppen gelockert (Dalton et al. 2011). Vormalig bestehende Allianzen beispielsweise bestimmter Klassen mit „ihren“ Parteien, idealtypisch die der Arbeiter:innenklasse und sozialdemokratischen Parteien, bestünden nicht mehr. In der Folge seien Wahlentscheidungen losgelöst von Gruppenidentitäten, stärker situationsabhängig und von kurzfristigen Faktoren bestimmt (Dalton/Wattenberg 2002), weshalb die Wechselwahl zunimmt und die Parteiensysteme volatiler werden.

Andere Analysen legen den Befund von Realignment nahe. Demnach befänden wir uns in einer Phase der Neuordnung, die mit neuen Konfliktlinien und eventuell anderen (dominanten) Parteien neue, aber auch erneut stabile Verbindungen zwischen den Wähler:innen und Parteien sieht. Anhänger:innen dieser These argumentieren, dass sich in einer Umbruchphase die Struktur des Wettbewerbs verschoben habe und mehrdimensionaler geworden, die Strukturiertheit jedoch nicht verflogen sei. Statt eines dominanten Konflikts zwischen – zugespitzt – Arbeit und Kapital, existiere nun, zusätzlich zu dem sozioökonomischen Cleavage und diesen in der Relevanz mittlerweile übertreffend, ein soziokultureller Cleavage. Der Wettbewerb habe eine tripolare Struktur entwickelt (Bornschier/Lachat 2009), in der links, mitte-rechts und radikal rechts positionierte Pole miteinander konkurrierten (Dalton 2018; Oesch/Rennwald 2018; Hutter/Kriesi 2019). Der linke Pol würde demnach vor allem durch sozialdemokratische und grüne Parteien konstituiert, die Präferenzen für einen stärkeren Sozialstaat mit soziokulturell liberalen Positionen verbänden. Parteien der gemäßigten Rechten sind konservative, liberale und christdemokratische Parteien mit weniger staatsinterventionistischen und eher marktorientierten Vorstellungen sowie moderaten und teils ambivalenten Positionen in Fragen kultureller Liberalität. Der dritte Pol wird durch den populistischen Rechtsradikalismus gebildet, der in sozioökonomischen Fragen häufig un-

entschlossen, in soziokulturellen Fragen, insbesondere zu Immigration, Multikulturalismus und europäischer Integration, dafür umso klarer positioniert ist. Das neue Alignment, die neuen Gruppen-Parteien-Bindungen, komme nach der viel beachteten, international vergleichenden Studie von Oesch und Rennwald (2018) nicht zuletzt daher, dass sich Berufsklassen in den westlichen Gegenwartsgeellschaften definieren ließen, die bestimmbare Parteipräferenzen hätten. Klassen und Parteien hätten also wieder zueinandergefunden. Der Grund dafür läge darin, dass die sogenannten Berufsklassen nach Oesch (2006) nicht nur „Erwerbsklassen“ im Sinne Max Webers seien – definiert nach der jeweiligen Stellung in der Wirtschaft –, sondern zugleich aufgrund verschiedener Arbeitslogiken mit bestimmten lebensweltlichen „sozialen Klassen“ korrespondierten, die sich auch nach Art der Lebensführung und politischen Einstellungen unterschieden.¹ Die These, dass sich Berufsklassen in ihren Parteipräferenzen und in ihren politischen Einstellungen signifikant unterscheiden und es auf dieser Grundlage zu einem neuen, tripolaren elektoralen Wettbewerb und einem Realignment gekommen sei, untersuchten Oesch und Rennwald (2018) für neun westeuropäische Demokratien. Aufgrund des Analysezeitraums von 2002 bis 2014 war Deutschland nicht Teil dieser Untersuchung, da sich hier der dritte Pol in Form der AfD erst 2013 gebildet hatte. Andere Studien nutzten das Schema für tiefer gehende Analysen zum Beispiel zum Wechselwahlverhalten der Berufsklassen und der Wähler:innenschaft sozialdemokratischer Parteien in Europa (Abou-Chadi et al. 2021). Im Jahr 2023 steht die AfD in bundesweiten Umfragen bei über 20 Prozent; dies ermöglicht die Untersuchung der Tripolaritätsthese auch für die Bundesrepublik. Auf Basis der Daten der FES-Studie „Kartografie der Arbeiter:innenklasse“² ist somit konkret zu fragen: Wie hängen Berufsklassen und Parteipräferenzen in Deutschland zusammen? ←

¹ Vgl. Weber-Menges und Vester (2011), die eine sehr gute, einfach verständliche und knappe Einführung in die „Analyse der Entwicklungsdynamiken der Berufsgliederung“ bieten.

² Die Daten wurden zwischen dem 5.6.2023 und 12.7.2023 als Mixed-Mode-Befragung (repräsentative Zufallsauswahl (CATI) bzw. Quotenstichprobe (CAWI)) von Kantar Public erhoben.

2 BERUFSKLASSEN UND PARTEIPRÄFERENZEN

Die zentrale unabhängige Variable für die folgenden Analysen ist die Berufsklassenposition der Wähler:innen. Sie lässt sich mit dem von Oesch (2006) entwickelten, zweidimensionalen Klassenschema messen. Eine erste Dimension unterscheidet vertikal nach der Höhe des Qualifikationsranges. Basierend auf den Fähigkeiten, die sich daraus ergeben und auf dem Arbeitsmarkt gefragt sind, lassen sich unterschiedlich vorteilhafte Beschäftigungsverhältnisse unterscheiden. Die zweite Dimension unterscheidet horizontal zwischen vier verschiedenen Arbeitslogiken. Die interpersonelle Arbeitslogik findet in Humandienstleistungsbeziehungen Anwendung, also im direkten persönlichen Austausch. Menschen, deren Beruf durch diese Logik bestimmt ist, sind in ihrer beruflichen Tätigkeit primär auf andere Menschen hin orientiert. Die technische Arbeitslogik greift in Berufen, die auf Produktionskriterien hin organisiert sind. Die organisatorische Arbeitslogik greift in Verwaltungsdienstleistungen, die bürokratisch geregelt sind. Letztlich

gilt die selbstständige Arbeitslogik für Freiberufler:innen, Unternehmer:innen und Arbeitgeber:innen. Die Kombination der beiden Dimensionen führt zu einem 16-Berufsklassen-Schema, das wiederum (meist aufgrund geringerer Fallzahl und für eine bessere Übersichtlichkeit, siehe auch Oesch/Rennwald 2018) zu einem Acht-Berufsklassen-Schema zusammengefasst wird (siehe Abbildung 1; vgl. dazu ausführlicher Weber-Menges/Vester 2011).

Das Berufsklassenschema in einer etwas reduzierten Darstellung nach Weber-Menges und Vester

Abb. 1

	Arbeitnehmer:innen			Selbstständige	
	interpersonelle Arbeitslogik	technische Arbeitslogik	organisatorische Arbeitslogik	selbstständige Arbeitslogik	
Professionen (Berufe mit Hochschulabschluss/„akademische Berufe“)	soziokulturelle Expert:innen	technische Expert:innen	oberes Management	freie Berufe	große und mittlere Unternehmer:innen
Semiprofessionen (höhere Fachausbildung/„halbakademische Berufe“) und Kleingewerbe mit <10 Beschäftigten	soziokulturelle Semiprofessionen	technische Semiprofessionen	unteres Management	Kleingewerbe mit (1–9) Beschäftigten	
Lehrberufe (Berufe mit Fachlehre – „skilled employees“) und Kleingewerbe ohne Beschäftigte	qualifizierte Dienstleistende	qualifizierte Facharbeiter:innen und Fachhandwerker:innen	qualifizierte Büro- und Verwaltungsfachkräfte	Kleingewerbe ohne Beschäftigte	
An- und Ungelernte gering qualifizierte Arbeitskräfte – „routine employees“	gering qualifizierte Dienstleistende	gering qualifizierte Arbeiter:innen	gering qualifizierte Büro- und Verwaltungskräfte		

Anmerkung: Gestrichelte Linien zeigen an, dass hier jeweils zwei der ursprünglich 16 Berufsklassen entsprechend des Vorgehens von Oesch und Rennwald (2018) zusammengefasst wurden.

QUELLE: eigene Darstellung, basierend auf Weber-Menges/Vester (2011: 673).

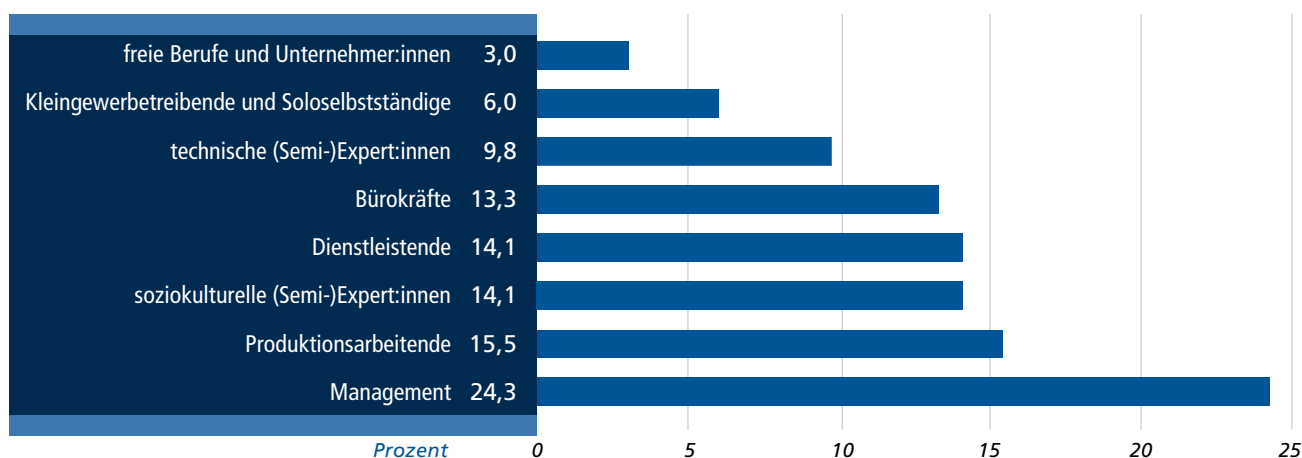
Anhand dieses Schemas lassen sich drei Berufsklassen der Mittelschicht ausmachen³: (1) Management („managers“), das heißt Personalleiter:innen, Buchhalter:innen, Controller:innen, Industriekaufleute und Verwaltungsangestellte; (2) technische (Semi-)Expert:innen („technical (semi-)professionals“) wie Ingenieur:innen, Informatiker:innen und Techniker:innen; (3) soziokulturelle (Semi-)Expert:innen („sociocultural (semi-)professionals“) wie

Lehrer:innen und Erzieher:innen, wissenschaftliche Mitarbeiter:innen, Pflegekräfte und Sozialarbeiter:innen. Zwei weitere Berufsklassen bilden die Arbeiter:innenklasse: (4) Produktionsarbeitende („production workers“) wie Elektriker:innen, Mechaniker:innen, Kraftfahrer:innen und Tischler:innen und (5) Dienstleistende („service workers“) wie Verkäufer:innen, Reinigungskräfte, Polizist:innen, Köch:innen und Friseur:innen. Eine weitere Berufsklasse liegt zwischen

³ In Klammern sind die originalen englischen Bezeichnungen.

Relative Häufigkeiten der acht Berufsklassen

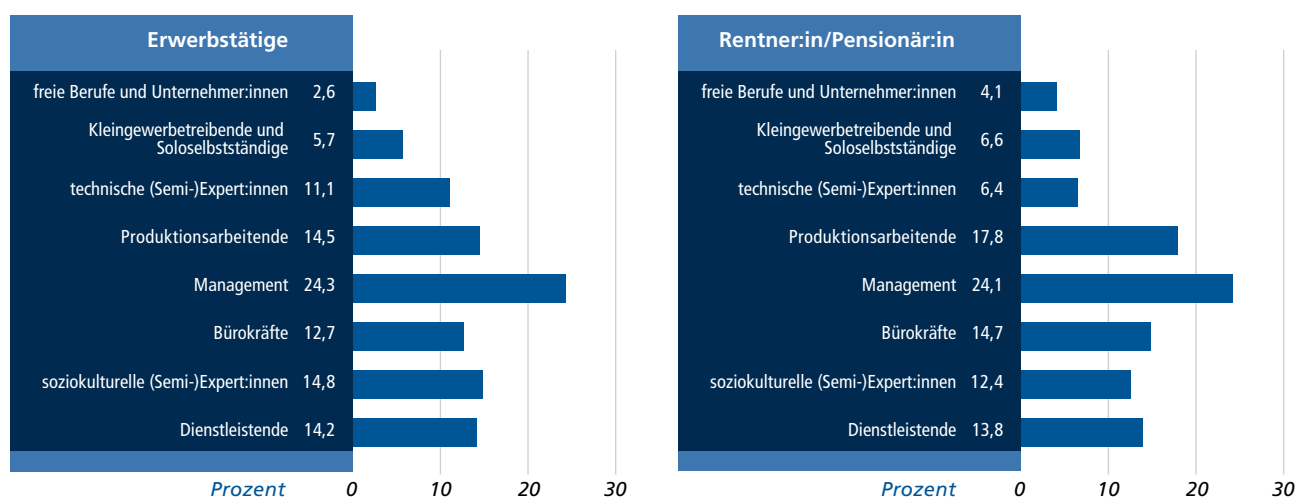
Abb. 2



QUELLE: FES – Kartografie der Arbeiter:innenklasse, eigene Darstellung.

Relative Häufigkeiten der acht Berufsklassen für Erwerbstätige und Rentner:innen

Abb. 3



QUELLE: FES – Kartografie der Arbeiter:innenklasse, eigene Darstellung.

Mittel- und Arbeiter:innenklasse: (6) Bürokräfte („clerks“) wie Bank- und Bürokaufleute, Verwaltungsangestellte und Sekretär:innen. Schließlich sind Selbstständige in zwei Berufsklassen zu unterscheiden: (7) freie Berufe und Unternehmer:innen („large employers and liberal professionals“) wie selbstständige Rechtsanwält:innen, Ärztin:innen und Apotheker:innen sowie (8) Kleingewerbetreibende und Soloselbstständige („small business owners“) wie Ladenbesitzer:innen, Unternehmensberater:innen und Landwirt:innen. Die Befragten werden auf Grundlage ihrer derzeitigen (bei Rentner:innen: früheren) Tätigkeit einer dieser acht Klassen zugeordnet. Das Klassenmaß von Oesch verwendet somit drei Informationen: den Beschäftigungsstatus (welcher Arbeitgeber:innen und Selbstständige von Arbeitnehmer:innen trennt), die Zahl der Beschäftigten (die Arbeitgeber:innen mit mehr als neun Beschäftigten von Kleinunternehmer:innen mit bis zu neun Beschäftigten unterscheidet) und die detaillierten Berufsinformationen (basierend auf der International Standard Classification of Occupations – ISCO).

Wie Abbildung 2 zeigt, ist die als Management bezeichnete Berufsgruppe mit fast einem Viertel die größte, gefolgt von Produktionsarbeitenden, soziokulturellen (Semi-)Expert:innen, Dienstleistenden und Bürokräften mit jeweils etwa einem Siebtel der erwachsenen Bevölkerung. Technische (Semi-)Expert:innen sind knapp zehn Prozent und in den beiden Klassen der selbstständigen Arbeitslogik sind es nur sechs bzw. drei Prozent. Zählt man die drei Klassen zusammen, die klar der Mittelschicht zugerechnet werden – Management, technische und soziokulturelle (Semi-)Expert:innen –, ist die Hälfte der Deutschen der beruflichen Mittelschicht zuzurechnen. Nur etwa 30 Prozent sind in eindeutigen Arbeiter:innenberufen zu verorten – Dienstleistende und Produktionsarbeitende.

Vor dem Hintergrund des technologischen und demografischen Wandels sowie der Veränderung in den Beschäftigungssektoren in den vergangenen Jahrzehnten ist eine Differenzierung nach dem individuellen Beschäftigungsstatus sinnvoll. Wie erwähnt, werden Rentner:innen entsprechend ihres letzten Berufs klassifiziert. Dahinter liegt die Annahme, dass ein verrenteter Schlosser oder eine pensionierte Professorin auch nach dem Renten- bzw. Pensionseintritt der Prägung des Berufslebens unterliegt und entsprechende (partei-)politische Präferenzen erhalten bleiben. Abbildung 3 vergleicht die Berufsklassen der Erwerbstätigen (75 Prozent) mit denen der verrenteten bzw. pensionierten Personen (25 Prozent). Dabei sind drei Unterschiede hervorzuheben. Erstens hat von den Personen im Ruhestand ein größerer Anteil im Kleingewerbe, in freien Berufen oder als Unternehmer:in gearbeitet, als dies bei den gegenwärtig Erwerbstätigen der Fall ist. Zweitens ist

die Arbeiter:innenklasse unter den Personen im Ruhestand etwas größer: Während der Anteil der Dienstleistenden nahezu gleich ist, sind knapp 18 Prozent der Personen im Ruhestand als Produktionsarbeitende aktiv gewesen (verglichen mit 14,5 Prozent unter den gegenwärtig Erwerbstätigen). Drittens liegt der Anteil der Mittelschichtberufsklassen bei den gegenwärtig Erwerbstätigen deutlich höher: bei den soziokulturellen (Semi-)Expert:innen um 2,5 Prozentpunkte, bei den technischen (Semi-)Expert:innen um sogar fast fünf Punkte.

2.1 PARTEIPRÄFERENZEN ENTSPRECHEND DER SONNTAGSFRAGE

Hinsichtlich der zentralen Frage dieses Beitrags, welche Berufsklassenspezifischen Parteipräferenzen es in Deutschland gibt, lassen sich nach den Ergebnissen von Oesch und Rennwald (2018) drei Erwartungen formulieren: Erstens ist ein dreipoliger Wettbewerb zwischen Mitte-Rechts, Mitte-Links und dem Rechtsradikalismus bzw. Rechtspopulismus⁴ zu erwarten. Die Konkurrenz dieser drei politischen Pole um die Wähler:innenstimmen verläuft dabei, zweitens, entlang der Grenzen der Berufsklassen: Während einige Berufsklassen die Stammwähler:innenschaft bestimmter Parteien darstellen, sind andere zwischen zwei oder allen drei Polen umkämpft. Konkret argumentieren und zeigen Oesch und Rennwald, drittens, dass in den von ihnen untersuchten Ländern⁵ die politische Linke unter den soziokulturellen (Semi-)Expert:innen ihre kaum umkämpfte Hochburg hat und die Mitte-Rechts-Parteien im Management. Die Stimmen der Arbeiter:innen sind zwischen Linken und Rechtspopulisten umkämpft, die der Kleingewerbetreibenden und Soloselbstständigen zwischen Mitte-Rechts und Rechtspopulismus. Alle drei Pole konkurrieren um die Stimmen der Bürokräfte.

Anhand der oben erwähnten Daten der FES-Studie zur „Kartografie der Arbeiter:innenklasse“ können wir nun prüfen, inwieweit diese Erwartungen zutreffen. Dazu werden zuerst die Parteipräferenzen anhand der Sonntagsfrage verglichen – welche Berufsklassen stimmen überdurchschnittlich häufig für welche Parteien?⁶ Daraufhin blicken wir auf die Parteipotenzen und die Potenzialausschöpfung und fragen, wie groß das jeweilige Wähler:innenpotenzial für die jeweiligen Parteien in den Berufsklassen ist, welche Parteien in welchen Berufsklassen ihre Potenziale bereits ausgeschöpft und in welchen Berufsklassen welche Parteien noch Wachstumschancen haben.

Aufgrund der Fallzahlen der Studie, der Zustimmungswerte der Parteien und der Differenzierung in Berufsklassen müssen die folgenden Analysen auf die stimmenstärksten

⁴ Die Forschung spricht im Englischen zumeist von „populist radical right parties“, entsprechend werden hier sowohl die Begriffe „Rechtspopulismus“ und „Rechtsradikalismus“ verwendet. Zwar sind sie nicht bedeutungsgleich, aber der entsprechende deutsche Parteiakteur, die AfD, kann sowohl als rechtsradikal als auch als rechtspopulistisch gelten.

⁵ Diese sind Österreich, Belgien, Dänemark, Finnland, Frankreich, die Niederlande, Norwegen, Schweden und die Schweiz.

⁶ Berichtet werden, soweit nicht anders vermerkt, nur statistisch signifikante Abweichungen vom jeweiligen Mittelwert. Für alle Analysen wurden soziodemografische Anpassungsgewichte verwendet.

Parteien CDU/CSU, SPD, Grüne und AfD beschränkt werden.⁷ Mit der AfD ist jedoch der rechtspopulistische, mit der CDU/CSU der mitte-rechte und mit SPD und Grünen der linke Pol vertreten. Die Differenzierung des linken Pols in SPD und Grüne, welche bei Oesch und Rennwald zusammengefasst würden, erlaubt zudem, der Frage nach verschiedenen Klassenpotenzialen der beiden Parteien nachzugehen.

Abbildung 4 zeigt die Wahlabsicht für die vier großen Parteien aufgeschlüsselt nach den Berufsklassen. Die senkrechten gestrichelten Linien stellen die durchschnittliche

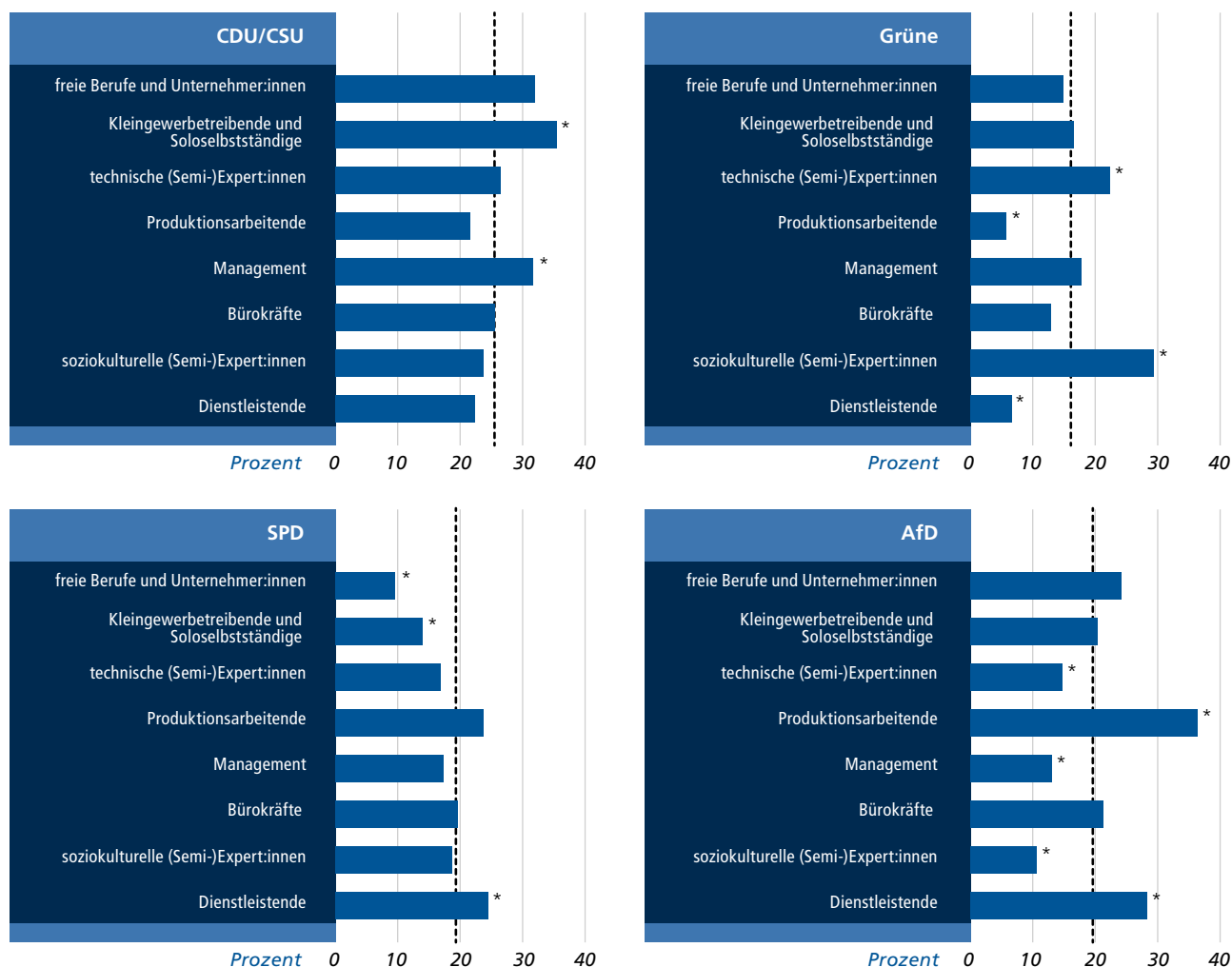
Wahlabsicht entsprechend der Sonntagsfrage dar. Die Prozentuierungsbasis ist dabei die Zahl aller Wähler:innen. Nichtwähler:innen und Befragte, die mit „weiß nicht“ geantwortet haben, sind nicht enthalten. Für die CDU/CSU würden etwas mehr als 25 Prozent der Befragten stimmen. Überdurchschnittlichen Zuspruch erhalten die Unionsparteien von Kleingewerbetreibenden und Soloselbstständigen (35 Prozent) sowie dem Management (32 Prozent), was sich in der Tendenz mit den international vergleichenden Befunden von Oesch und Rennwald (2018) deckt.⁸ Signifikant unter-

⁷ Beispielsweise sind bei 156 Die-Linke-Wähler:innen (4,4 Prozent) robuste Aussagen zu acht Berufsklassen kaum möglich. Auch diejenigen Befragten, die auf die Sonntagsfrage mit „weiß nicht“ geantwortet haben – immerhin 17 Prozent –, bleiben ebenso außen vor wie die etwa sechs Prozent Nichtwähler:innen.

⁸ Die freien Berufe und Unternehmer:innen liegen ebenfalls bei 32 Prozent, aufgrund der geringeren Fallzahlen erreicht dieser Unterschied zum Gesamtmittelwert allerdings nicht die üblichen Grenzen statistischer Signifikanz.

Parteipräferenzen, differenziert nach Berufsklassen

Abb. 4



* Markiert statistisch signifikante ($p < 0.05$, zweiseitig) Abweichungen vom Mittelwert.

QUELLE: FES – Kartografie der Arbeiter:innenklasse, eigene Darstellung.

durchschnittlich schneiden die CDU/CSU in keiner Berufs-klassse ab. Deutlich polarisierter ist das Bild für die Grünen (rechts oben in Abbildung 4). Während insgesamt etwa 16 Prozent eine Wahlabsicht für die Grünen angaben, waren es in den Berufsklassen der Arbeiter:innenklasse deutlich weniger: nur sieben Prozent der Dienstleistenden und unter den Produktionsarbeitenden lediglich sechs Prozent. Ihre elektorale Stärke ziehen die Grünen aus den Gruppen der technischen (22 Prozent) und soziokulturellen (29 Prozent) (Semi-)Expert:innen. Gerade letztere gelten auch international als eine Wähler:innenhochburg der (neuen) Linken (Oesch/Rennwald 2018).

Die berufsklassenspezifische Unterstützung der SPD – insgesamt bei etwa 19 Prozent der Stimmen – ist ganz anders strukturiert als die der Grünen. Selbstständige und Arbeitgeber:innen stimmen seltener für die Sozialdemokratie (freie Berufe und Unternehmer:innen mit zehn Prozent, Kleingewerbetreibende und Soloselbstständige mit 14 Prozent), Dienstleistende dagegen deutlich häufiger (24 Prozent).⁹

Das Elektorat der AfD – insgesamt etwa 20 Prozent der Stimmen – ist das klare Gegenteil der Grünen-Wähler:innenschaft. Die Rechtspopulisten sind bei Produktionsarbeitenden (36 Prozent) sowie Dienstleistenden (28 Prozent) deutlich beliebter, erhalten jedoch von technischen (15 Prozent) und soziokulturellen (elf Prozent) (Semi-)Expert:innen sowie von Management-Beschäftigten (13 Prozent) weniger Unterstützung.

In keiner der acht Berufsklassen stimmt eine Mehrheit für nur eine Partei, in allen Berufsklassen finden sich Unterstützer:innen aller Parteien. Insbesondere unter den technischen (Semi-)Expert:innen sowie den Bürokräften finden alle vier Parteien (zwischen 13 und 26 Prozent) Zuspuch. Zugleich gibt es aber auch unübersehbare Unterschiede. Grüne und Union haben klare und weniger umkämpfte Hochburgen in bestimmten Berufsklassen – die CDU/CSU bei Kleingewerbetreibenden und Soloselbstständigen sowie im Managementbereich, das heißt in organisatorischen und selbstständigen Arbeitslogiken, die Grünen bei Personen mit höherer Qualifikation in soziokulturellen Bereichen und somit in interpersoneller Arbeitslogik. Die stärkste Konkurrenzsituation zwischen den größeren Parteien findet sich in der Arbeiter:innenklasse, insbesondere bei den Dienstleistenden. Hier konkurrieren vor allem SPD und AfD miteinander um die Stimmen.

Durch die Unterscheidung der Berufs-klassse in Personen, die gegenwärtig erwerbstätig sind einerseits und Rentner:innen andererseits, erlaubt die Analyse auch einen Blick auf den Wandel des politischen Wettbewerbs. Wie oben bereits gezeigt, änderte sich die Zusammensetzung der Arbeitsbevölkerung (insbesondere mehr Produktionsarbeitende und weniger technische (Semi-)Expert:innen unter den Rentner:innen). Zugleich unterscheidet sich die Parteipräferenz zwischen Erwerbstätigen und Rentner:innen. Während erstere zu jeweils 22 Prozent CDU/CSU und AfD wählen würden, 18 Prozent Grüne und 16 Prozent SPD, liegen

die Volksparteien bei den Rentner:innen deutlich vorn: CDU/CSU kommen auf 34 Prozent, die SPD auf 29 Prozent, die AfD auf 15 Prozent und die Grünen auf elf Prozent.

Wie Abbildung 5 zeigt, unterscheiden sich auch die berufsklassenspezifischen Parteipräferenzen zwischen beiden Gruppen zum Teil. Für CDU/CSU findet sich in beiden Gruppen mehr Zuspuch bei Personen aus dem Managementbereich. Bei erwerbstätigen Dienstleistenden erhält die Union unterdurchschnittlich Zuspuch – dieser Unterschied ist bei Rentner:innen nicht festzustellen. Noch deutlichere Unterschiede zwischen den beiden Gruppen finden sich für die Grünen. Während zwar sowohl frühere als auch aktuelle Produktionsarbeitende seltener für die Grünen stimmen und auch aktuelle wie frühere soziokulturelle (Semi-)Expert:innen überdurchschnittlich häufig die Grünen wählen, zeigen sich bei den Erwerbstätigen jedoch weitere Unterschiede, die sich bei den Rentner:innen nicht finden lassen: Unterdurchschnittliche Ergebnisse erzielen die Grünen nämlich zudem bei erwerbstätigen Bürokräften und Dienstleistenden, überdurchschnittliche Ergebnisse bei technischen (Semi-)Expert:innen und Personen im Managementbereich. Diese Unterschiede finden sich nicht bei den Rentner:innen. Dass die Berufsklassen der technischen und der soziokulturellen (Semi-)Expert:innen unter den Erwerbstätigen größer ist und die Grünen hier stärker sind, trägt damit auch zur Erklärung ihres größeren elektoralen Erfolgs unter den Erwerbstätigen im Vergleich zu den Rentner:innen bei – die Grünen profitieren damit elektoral vom Wandel der Arbeitswelt.

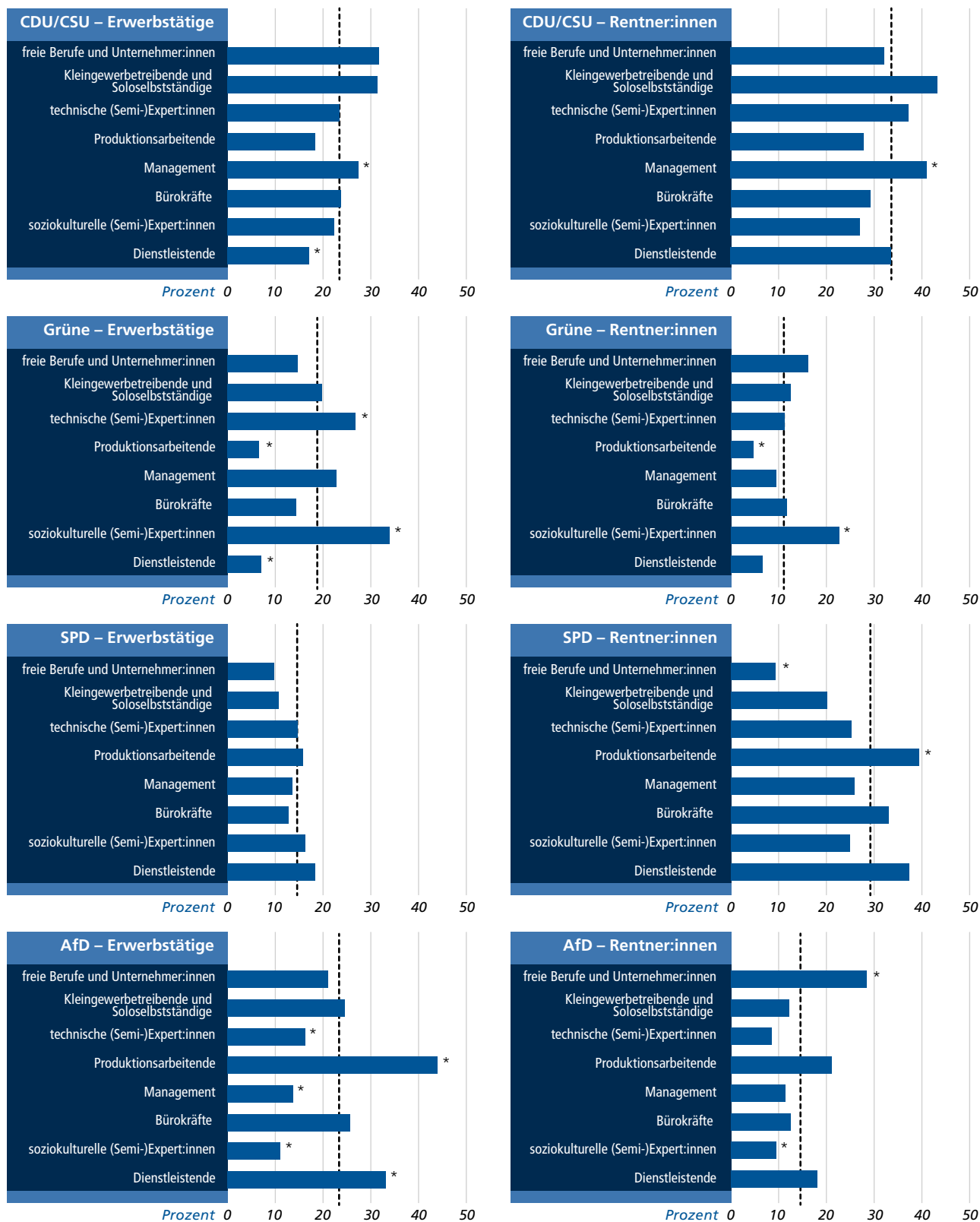
Noch deutlicher klaffen die Ergebnisse für die SPD auseinander, allerdings in umgekehrter Hinsicht. Während bei den Rentner:innen ein klares linkes Über- und Unterrepräsentationsmuster zu finden ist – die SPD ist stärker bei ehemaligen Produktionsarbeitenden, schwächer bei Unternehmer:innen und Personen in freien Berufen –, gibt es bei den Erwerbstätigen keinerlei Unterschiede zwischen den Berufsklassen. Die SPD erhält hier gleichermaßen viel bzw. gleichermaßen wenig Unterstützung. Interessant sind auch die Unterschiede für die AfD. Ihre relative Wähler:innenhochburg haben die Rechtspopulisten bei den Rentner:innen, die in ihrem Erwerbsleben Unternehmer:innen oder Freiberufler:innen waren. Unter den Erwerbstätigen sind es aber Personen aus der Arbeiter:innenklasse, die der AfD überdurchschnittlich häufig ihre Stimme geben, während die Partei unter Erwerbstätigen mit höherem Qualifikationsrang, insbesondere technischen und soziokulturellen (Semi-)Expert:innen und Personen aus dem Managementbereich, unterdurchschnittlich abschneidet.

Insgesamt ergibt der Vergleich der berufsklassenspezifischen Parteipräferenzen von Erwerbstätigen und Rentner:innen kein einheitliches Bild. Rentner:innen unterstützen die CDU/CSU zwar häufiger als Erwerbstätige, aber es finden sich kaum Unterschiede mit Blick auf die Berufsklassen zwischen den beiden Gruppen. Ganz anders bei der SPD: Während sie unter Rentner:innen das Bild einer Arbeiter:innenpartei zeigt, gibt es unter Erwerbstätigen –

⁹ Produktionsarbeitende, die traditionell zur Kernwähler:innenschaft sozialdemokratischer Parteien gehören, stimmen mit 23 Prozent ebenfalls häufiger für die SPD, aber diese Abweichung vom Mittel verpasst knapp die statistische Signifikanzgrenze.

Parteipräferenzen, differenziert nach Berufsklassen, Erwerbstätigen und Rentner:innen

Abb. 5



* Markiert statistisch signifikante ($p < 0.05$, zweiseitig) Abweichungen vom Mittelwert.

QUELLE: FES – Kartografie der Arbeiter:innenklasse, eigene Darstellung.

wiederum auf deutlich niedrigerem Niveau – keine Berufs-
klassenunterschiede. Die Sozialdemokratie hat also hier
kaum ein Klassenprofil. Für die AfD und die Grünen ist
das Bild umgekehrt: Erstens finden beide deutlich mehr Zu-
stimmung unter den Erwerbstätigen, zweitens ist eine viel
stärkere Ausdifferenzierung in spiegelbildliche Berufsklas-
senprofile zu beobachten.

2.2 PARTEIPOTENZIALE UND POTENZIALAUSSCHÖPFUNG

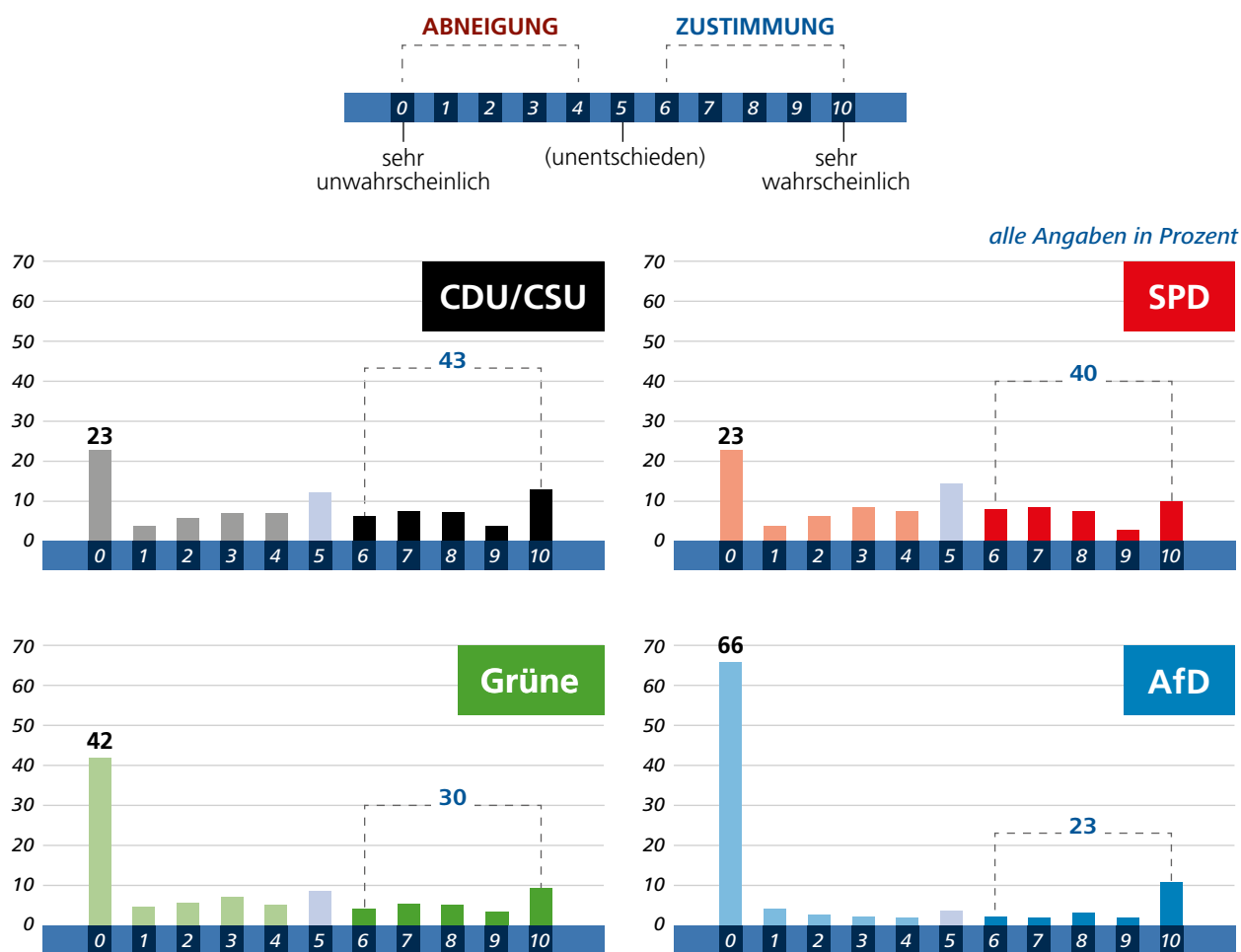
Parteipräferenzen im Sinne von Sonntagsfragen bilden na-
türlich stets nur eine Momentaufnahme ab. Dem jeweils ak-
tuellen (geplanten) Wahlverhalten liegen dabei Parteipoten-
ziale bzw. Stimmpotenziale zugrunde. Für die meisten Bür-
ger:innen kommen mehrere Parteien zur Wahl infrage, am
Ende müssen sich die Wähler:innen aber für eine entschei-
den. Parteien gelingt es bei den Wahlen unterschiedlich gut,
ihre Potenziale auszuschöpfen (vgl. Wagner/Faas 2022).
In dieser Aktivierung des Potenzials sehen manche geradezu

Parteipotenziale nach PTV-Werten

Abb. 6

Es gibt eine Reihe von politischen Parteien in Deutschland. Jede davon würde gern Ihre Stimme bekommen. Geben Sie bitte für jede der folgenden Parteien anhand einer Skala von 0 bis 10 an, wie wahrscheinlich es ist, dass Sie diese Partei jemals bei einer Bundestagswahl wählen werden.

0 steht dabei für „sehr unwahrscheinlich“ und 10 für „sehr wahrscheinlich“.



QUELLE: FES – Kartografie der Arbeiter:innenklasse, eigene Darstellung.

das Wesen des elektoralen Wettbewerbs (vgl. van der Eijk/ Franklin 2009): Während die Potenziale sich in Größe und Zusammensetzung meist nur langsam verändern, geht es im jeweils konkreten Wahlkampf darum, die Potenziale zu mobilisieren und bestmöglich auszuschöpfen. Aufgrund dieser Bedeutung von Potenzialen und Ausschöpfung wenden wir uns hier diesen beiden Aspekten mit Blick auf die Berufsklassen zu. Bisherige Analysen haben beispielsweise für die SPD gezeigt, dass ihr Potenzial längerfristig ähnlich groß bleibt, aber die Zusammensetzung sich im Zeitverlauf än-

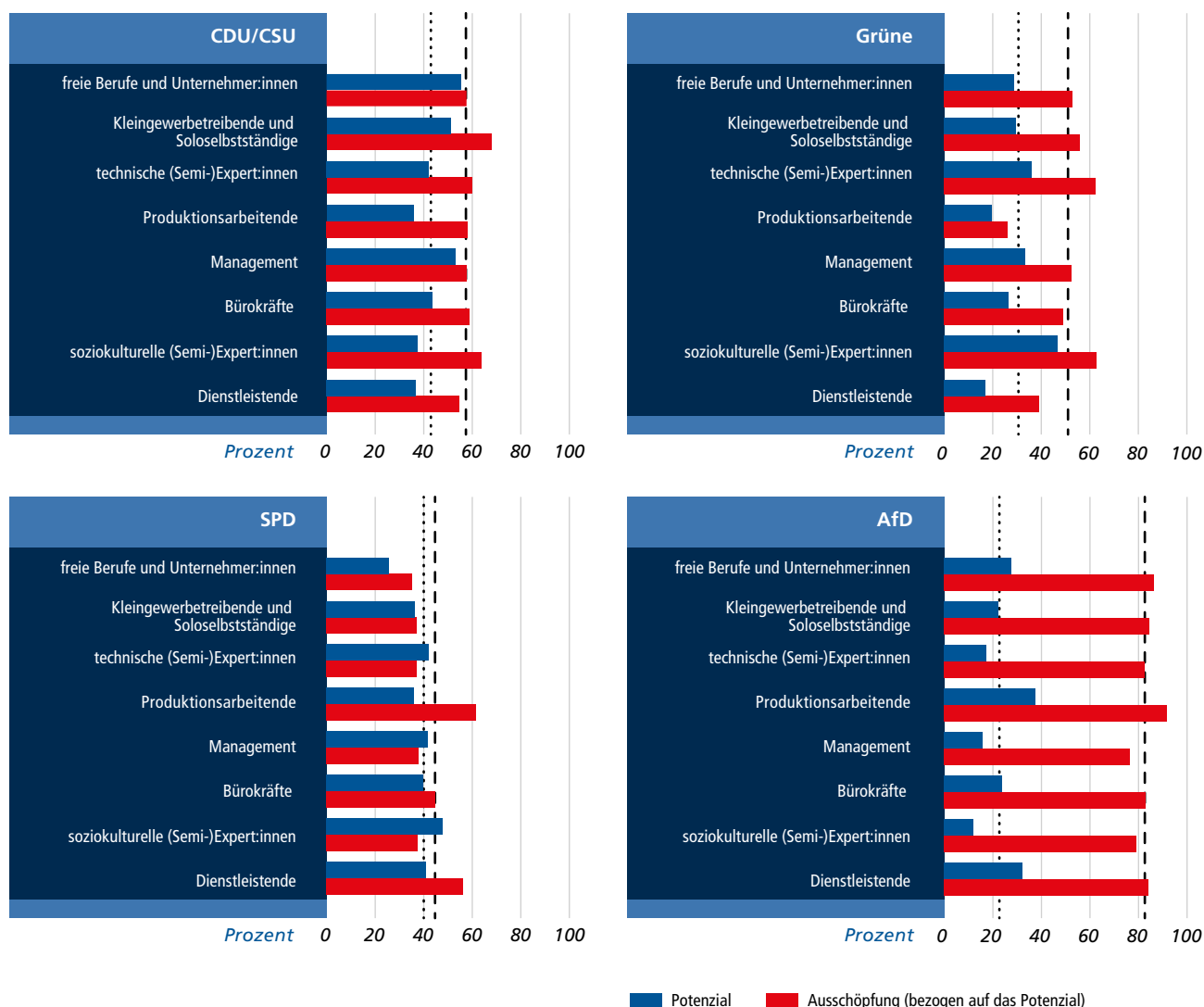
derte – hin zu mehr älteren Menschen und mit einem weniger linken Profil (vgl. Wagner/Faas 2022). Eine Differenzierung von Parteipotenzen und Potenzialausschöpfung nach Berufsklassen liegt bislang jedoch nicht vor.

Im Folgenden werden die vier großen Parteien hinsichtlich ihrer Wähler:innenpotenziale und der Ausschöpfung in den vorgestellten Berufsklassen untersucht.¹⁰ Es ergeben sich dann potenzielle Wähler:innenschaften für die Unionsparteien von 43 Prozent, für die SPD von 40 Prozent, für die Grünen von 30 Prozent und für die AfD von

¹⁰ Dabei werden wiederum nur diejenigen Befragten in die Analyse aufgenommen, die valide Werte in den Berufsklassen sowie Parteienennungen in der Sonntagsfrage aufweisen.

Parteipotenzen und Potenzialausschöpfung, differenziert nach Berufsklassen

Abb. 7



Anmerkung: Blaue Balken stellen das Potenzial dar, rote Balken die Ausschöpfung (bezogen auf das Potenzial); gepunktete Linien repräsentieren den Durchschnittswert des Potenzials, gestrichelte Linien den Durchschnittswert der Ausschöpfung.

QUELLE: FES – Kartografie der Arbeiter:innenklasse, eigene Darstellung.

23 Prozent. Diese Personen gaben auf die Frage hin, wie wahrscheinlich es sei, dass sie die jeweilige Partei jemals bei einer Bundestagswahl wählen würden, eine positive Antwort. Sie hatten demnach eine hohe „Propensity to Vote“ für die jeweilige Partei (Werte von 6 bis 10 in Abbildung 6) und können somit als potenzielle Wähler:innen gelten. Aus Abbildung 6 wird zudem deutlich, dass auch die Ablehnung der Parteien unterschiedlich ausfällt. Während CDU/CSU und SPD nur jeweils von etwas mehr als einem Fünftel als praktisch unwählbar angesehen werden – PTV-Werte von null –, liegt dieser Wert für die Grünen bei über 40 Prozent. Stärker noch polarisiert die AfD mit zwei Dritteln der Befragten, die es für mindestens sehr unwahrscheinlich halten, dass sie jemals für sie stimmen würden.

Ebenso wie das Potenzial variiert auch die Ausschöpfung, welche als Anteil am Potenzial definiert ist, der dann auch die Partei in der Sonntagsfrage nannte (gestrichelte Linien in Abbildung 7). Klarer Spitzenreiter ist hier die AfD. 83 Prozent derjenigen, die als potenzielle Wähler:innen definiert werden konnten, gaben auch an, der AfD ihre Stimme geben zu wollen. Dieser Ausschöpfungserfolg spricht zugleich einmal mehr für die relative Verslossenheit der Unterstützungsbasis der AfD gegenüber den anderen etablierten Parteien. Mit 58 Prozent liegt die CDU/CSU bereits deutlich dahinter, gefolgt von den Grünen mit 51 Prozent. Die SPD ist das Schlusslicht der vier großen Parteien mit einer Ausschöpfung von lediglich 44 Prozent. Auch diese Neigung vieler Bürger:innen, die SPD für prinzipiell wählbar zu halten, ihr aber dann letztendlich nicht die Stimme zu geben, ist aus früheren Studien bekannt (Wagner/Faas 2022). Dies bedeutet aber zugleich, dass die SPD von den vier stärksten Parteien die besten Möglichkeiten hat, zukünftig mehr Wähler:innenstimmen zu gewinnen.

Ähnlich wie das Wahlergebnis variiert auch das Wähler:innenpotenzial der CDU/CSU (blaue Balken) nicht sonderlich stark zwischen den Berufsklassen. Es liegt bei den freien Berufen und Unternehmer:innen (55 Prozent), im Management (53 Prozent) sowie bei Kleingewerbetreibenden und Soloselbstständigen (51 Prozent) etwas über dem Mittel, bei Produktionsarbeitenden (36 Prozent) und Dienstleistenden sowie soziokulturellen Expert:innen (jeweils 37 Prozent) etwas darunter, aber mit insgesamt vergleichsweise wenig Variation. Auch die Ausschöpfung des Potenzials (rote Balken) zeigt nur geringe und keinerlei statistisch signifikante Unterschiede zwischen den Berufsklassen. Anders ist die Situation bei den Grünen, die ausgeprägtere berufsklassenspezifische Stärken und Schwächen haben: Bei den technischen und soziokulturellen (Semi-)Expert:innen ist das Potenzial größer (36 und 46 Prozent), und die Ausschöpfung gelingt besser (jeweils 62 Prozent) als im Durchschnitt. Die Grünen sind damit für überdurchschnittlich viele Menschen dieser Berufsklassen eine attraktive Option und es gelingt ihnen, von mehr als der Hälfte dieser potenziellen Wähler:innen die Stimmen auch

zu erhalten. Bei den Arbeiter:innenberufsklassen haben sie mit weniger als einem Fünftel der Personen unterdurchschnittliches Potenzial (19 und 17 Prozent). Dieses geringere Potenzial schöpfen sie zudem unterdurchschnittlich aus (26 und 39 Prozent).

Die SPD hat unter soziokulturellen (Semi-)Expert:innen besonders hohe Potenzialwerte, 48 Prozent aus diesen Berufsklassen sehen die Sozialdemokratie als eine mögliche Option bei zukünftigen Wahlen. Allerdings gelingt es der SPD gerade hier mit nur 38 Prozent weniger gut, ihr Potenzial auszuschöpfen. Ebenfalls unterdurchschnittliche Potenzialrealisierung findet sich bei im Management Beschäftigten (38 Prozent), am besten gelingt die Ausschöpfung unter den Produktionsarbeitenden (62 Prozent) sowie Dienstleistenden (56 Prozent). Auch wenn die SPD nur noch für etwas mehr als ein Drittel der Arbeiter:innen eine attraktive Option ist (36 Prozent), erhält sie von vielen dieser dann auch die Stimme. Die AfD ist prinzipiell weniger attraktiv für technische und soziokulturelle (Semi-)Expert:innen sowie Kleingewerbetreibende und Soloselbstständige (17 und 12 Prozent) und für Personen im Management (16 Prozent). Dafür spricht sie Produktionsarbeitende (38 Prozent) sowie Dienstleistende (32 Prozent) überdurchschnittlich häufig an. Zudem gelingt es ihr bei den Produktionsarbeitenden nochmals überdurchschnittlich, dieses Potenzial auszuschöpfen (beachtliche 92 Prozent).¹¹

Damit kann auch die erste, aus der Perspektive des elektoralen Wettbewerbs um Berufsklassen zentrale Frage (Wer hat wo noch ungenutztes Potenzial?) beantwortet werden. Es sind dies vor allem die Grünen bei dem zusammen gerechnet fast einem Drittel der Bevölkerung von Produktionsarbeitenden und Dienstleistenden und zweitens die SPD bei den 40 Prozent der Gesellschaft, die im Management und als soziokulturelle (Semi-)Expert:innen arbeiten. Während die Grünen also in der Arbeiter:innenklasse weitere Zugewinne verbuchen könnten, könnte die SPD zukünftig vor allem in der Mittelschicht weitere Wähler:innenstimmen gewinnen – was sich mit den Ergebnissen hinsichtlich der Bildungsabschlüsse von Wagner und Faas (2022) deckt.

Durch die Zusammenschau von Potenzialwerten und den Resultaten der Sonntagsfrage lässt sich eine zweite Frage zur Strukturierung des Wettbewerbs um Wähler:innenstimmen beantworten: Wessen und welche tragenden Säulen elektoraler Unterstützung neigen auch anderen Parteien zu? Wie die Differenzierung in Abbildung 4 zeigt, haben die Unionsparteien bei Kleingewerbetreibenden und Soloselbstständigen sowie im Management ihre Hochburgen, die Grünen bei soziokulturellen und technischen (Semi-)Expert:innen, die SPD am ehesten bei Dienstleistenden und die AfD bei Produktionsarbeitenden und Dienstleistenden. Für welche anderen Parteien haben diese Gruppen jeweils ebenfalls hohe Potenzialwerte, welche Konkurrentinnen bedrohen also die Hochburgen? Für die CDU/CSU ist die SPD die Hauptkonkurrentin. Fast jede:r

¹¹ Weiterführende Analysen zeigen, dass diese für die AfD stimmenden Produktionsarbeitenden für linke Parteien kaum noch erreichbar sind: Nur drei Prozent sind zugleich potenzielle SPD-Wähler:innen, drei Prozent potenzielle Grünen- und neun Prozent potenzielle Linke-Wähler:innen. Dieser Teil der Arbeiter:innenschaft dürfte damit vorerst kaum für Parteien im Mitte-Links-Spektrum zu gewinnen sein.

Dritte aus dem Kleinergewerbe ist auch potenzielle:r SPD-Wähler:in (siehe auch Abbildung A1 im Anhang). Allerdings ist die Gruppe mit gerade einmal insgesamt sechs Prozent in der Gesellschaft eher klein. Bei der zweiten Unions-affinen Gruppe, den Beschäftigten in Managementpositionen, die immerhin ein Viertel der Berufsklassifizierten ausmachen, zeigt sich jedoch in der Tendenz das gleiche Bild. Hier sind es sogar über 40 Prozent, die sich vorstellen können, zukünftig sozialdemokratisch zu wählen. Auch für die Grünen stellt die SPD die größte Konkurrenz dar. 42 Prozent der technischen und 48 Prozent der soziokulturellen Fachkräfte sind potenzielle SPD-Wähler:innen. Allerdings neigen viele (42 resp. 37 Prozent) in diesen beiden Berufsklassen auch zur CDU/CSU. Der Wettbewerb zwischen diesen drei Parteien ist damit sehr intensiv. Viele Menschen der Berufsklassen, von denen die SPD und die AfD überproportionale Stimmanteile erhalten, sind zudem auch potenzielle CDU/CSU-Wähler:innen. Die drei Parteien konkurrieren demnach um diese Berufsklassen. 41 Prozent der Dienstleistenden sind potenzielle SPD-Wähler:innen, 37 Prozent CDU/CSU- und 32 Prozent potenzielle AfD-Wähler:innen. Bei den Produktionsarbeitenden sind 38 Prozent potenzielle AfD-, 36 Prozent potenzielle SPD- und ebenfalls 36 Prozent potenzielle CDU/CSU-Wähler:innen.¹² Damit ergibt sich eine zweite Dreieckskonstellation des Wettbewerbs. ←

¹² Hier wären weitergehende Differenzierungen – Unterscheidungen in Ost- und Westdeutschland, Rentner:innen und Erwerbstätige – sowie Analysen der relativen Verfügbarkeiten von Parteiwähler:innen für die jeweiligen Konkurrentinnen (siehe Lichteblau/Wagner 2019) sicherlich aufschlussreich, liegen allerdings leider außerhalb des Rahmens der vorliegenden Studie.

BERUFSSKLASSEN UND WAHLVERHALTEN IM ZWEIDIMENSIONALEN POLITIKRAUM

Im letzten Schritt werden die politischen Positionen auf den zentralen Sachfragedimensionen analysiert. Hier wird gefragt, ob die Berufsklassen in Deutschland ähnlich im Politikraum positioniert sind, wie dies im internationalen Vergleich gefunden wurde. Wäre dies der Fall, spräche das für eine vermittelnde Rolle sachfragenbezogener politischer Einstellungen innerhalb des Zusammenhangs von Berufsklassen und Parteipräferenzen. Berufliche Positionen übersetzten sich dann in Sachfragenpositionen und diese Sachfragenpositionen in Parteipräferenzen. Oesch und Rennwald (2018) nutzten in ihren Untersuchungen den mittlerweile in der Forschung etablierten zweidimensionalen Raum: Zu einer sozioökonomischen Dimension, in der es um Fragen von Sozialstaatlichkeit, um Umverteilung und staatliche Eingriffe in die Wirtschaft geht, kommt eine soziokulturelle Dimension. Hier werden Fragen gesellschaftspolitischer Liberalität, kultureller Identität, des (Inter-)Nationalismus, aber auch der Ökologie thematisiert (Hooghe/Marks 2018). Diese Dimension von progressiven vs. konservativen Positionen¹³ wird rechtwinklig zur klassischen sozioökonomischen Rechts-Links-Dimension modelliert.

Die Berufsklassen sind nach Oesch und Rennwald (2018) nicht zufällig in diesem zweidimensionalen Raum verortet, sondern konkret angeordnet: Dienstleistende sowie Produktionsarbeitende tendenziell im links-konservativen Quadranten, soziokulturelle (Semi-)Expert:innen eher im links-progressiven Quadranten, freie Berufe und Unternehmer:innen, Management und technische (Semi-)Expert:innen im rechts-progressiven Quadranten und Kleingewerbetreibende und Soloselbstständige im rechts-konservativen Quadranten. Die Parteien lassen sich natür-

lich ebenfalls verorten: linke Parteien im links-progressiven Bereich, wobei im deutschen Fall die SPD wohl auf der soziokulturellen Achse etwas zentristischer positioniert sein sollte als die Grünen, die mitte-rechts Parteien auf der soziokulturellen Achse zentral, auf der sozioökonomischen Achse etwas weiter rechts und die Rechtspopulisten sozioökonomisch zentral, aber soziokulturell stark am konservativen Pol. Für diese Positionsbestimmungen nehmen Oesch und Rennwald nur die Positionierung der Wähler:innen in den Blick, nicht die Programmatik oder die Parteieliten.¹⁴ Aus diesem zweidimensionalen Schema leiten sie ihre These des berufsklassenbedingten dreipoligen Wettbewerbs ab: Die Parteien konkurrierten um die Stimmen genau jener Berufsklassen, die jeweils zwischen ihnen positioniert sind. Dies sind beispielsweise zwischen rechtspopulistischen und linken Parteien die Produktionsarbeitenden, zwischen allen drei Polen die Bürokräfte.

Wie Abbildung 8 zeigt, bestätigen sich die Befunde weitestgehend für den deutschen Fall.¹⁵ Abgesehen von kleineren Abweichungen – Kleingewerbetreibende und Soloselbstständige sind beispielsweise in der vorliegenden Modellierung etwas progressiver als bei Oesch und Rennwald – verweisen die Ergebnisse auf die gleiche Verteilung der Berufsklassen und Parteiwähler:innenschaften.

Einerseits kann damit festgehalten werden: Auch in Deutschland kann der elektorale Wettbewerb damit als tripolar beschrieben werden – mit dem linksliberalen Pol, dem mitte-rechts und dem rechtspopulistischen Pol. Die Wähler:innenschaften der Parteien (große Kreise in Abbildung 8) sind dabei jeweils etwas polarer eingestellt als die Berufsklassen. Die Wähler:innenhochburgen von Grünen und AfD lassen sich anhand dieser Darstellung gut plausi-

¹³ Statt progressiv vs. konservativ werden auch liberal vs. traditional oder GAL (grün-alternativ-libertär) vs. TAN (traditionell-autoritär-national) verwendet. Es kann keineswegs als ausgemacht gelten, dass die soziokulturelle Achse realiter nicht selbst wiederum mehrdimensional und eine Differenzierung beispielsweise in kulturellen Liberalismus und Migrationsfragen angezeigt ist (vgl. dazu sehr instruktiv Buchmayr 2022). Hier geht es aber in erster Linie um die Anwendung der Methodik von Oesch und Rennwald (2018), weshalb auf weitere Differenzierungsversuche verzichtet wurde.

¹⁴ Aus diesem Vorgehen ließe sich ein Trivialitätsvorwurf formulieren, werden doch dieselben Personen einmal als Wähler:innen und ein weiteres Mal entsprechend ihrer Berufe verortet. Allerdings ist die erwähnte Anordnung der Parteien bzw. Pole auch bei Expert:innenbefragungen sehr ähnlich, mit Ausnahme der AfD, die von Expert:innen sozioökonomisch weiter rechts verortet wird, als ihre Wähler:innen sich selbst positionieren (vgl. Bakker 2020).

¹⁵ Hierfür wurden auf Grundlage folgender Fragen mittels Hauptkomponentenanalyse zwei Dimensionen extrahiert: „Der Staat sollte Maßnahmen ergreifen, um Einkommensunterschiede mehr als bislang zu verringern“ (Korrelation mit der Dimension: $|r| = 0.73$), „Große Konzerne haben bei Weitem zu viel Macht in Deutschland“ ($|r| = 0.75$), „Arbeitnehmer in unserer Gesellschaft brauchen Gewerkschaften, um ihre Interessen durchzusetzen“ ($|r| = 0.57$). Die Antwortmöglichkeiten waren jeweils fünfstufig von „stimme voll und ganz zu“ bis „stimme überhaupt nicht zu“. Diese drei Fragen bilden die sozioökonomische Dimension. Die soziokulturelle Dimension wurde über folgende Fragen erstellt (Antwortmöglichkeiten wiederum wie oben): „Deutschland und die anderen EU-Länder sollten wieder mehr Entscheidungen alleine treffen dürfen“ ($|r| = 0.76$), „Die Mitgliedschaft in der EU bringt Deutschland mehr Vorteile als Nachteile“ ($|r| = 0.72$), „Statt auf das große Ganze zu schauen, wird sich in Deutschland zu viel um Minderheiten gekümmert“ ($|r| = 0.64$), „Es ist bereichernd für das kulturelle Leben in Deutschland, wenn Migranten hierherkommen“ ($|r| = 0.73$), „Wir riskieren unseren gesamten wirtschaftlichen Wohlstand, wenn wir jetzt wegen des Klimawandels alles auf den Prüfstand stellen“ ($|r| = 0.73$).

bilisieren. Während Grüne überdurchschnittlich häufig von soziokulturellen (Semi-)Expert:innen gewählt werden, erhalten sie von Produktionsarbeitenden wie Dienstleistenden seltener Stimmen – erstgenannte haben zu ihnen die geringste, zweitgenannte die größte Distanz. Für die AfD sind die Ergebnisse genau spiegelbildlich dazu: überdurchschnittliche Unterstützung durch die positionell nahestehenden Produktionsarbeitenden, unterdurchschnittliche Unterstützung durch die weit entfernt positionierten soziokulturellen (Semi-)Expert:innen.

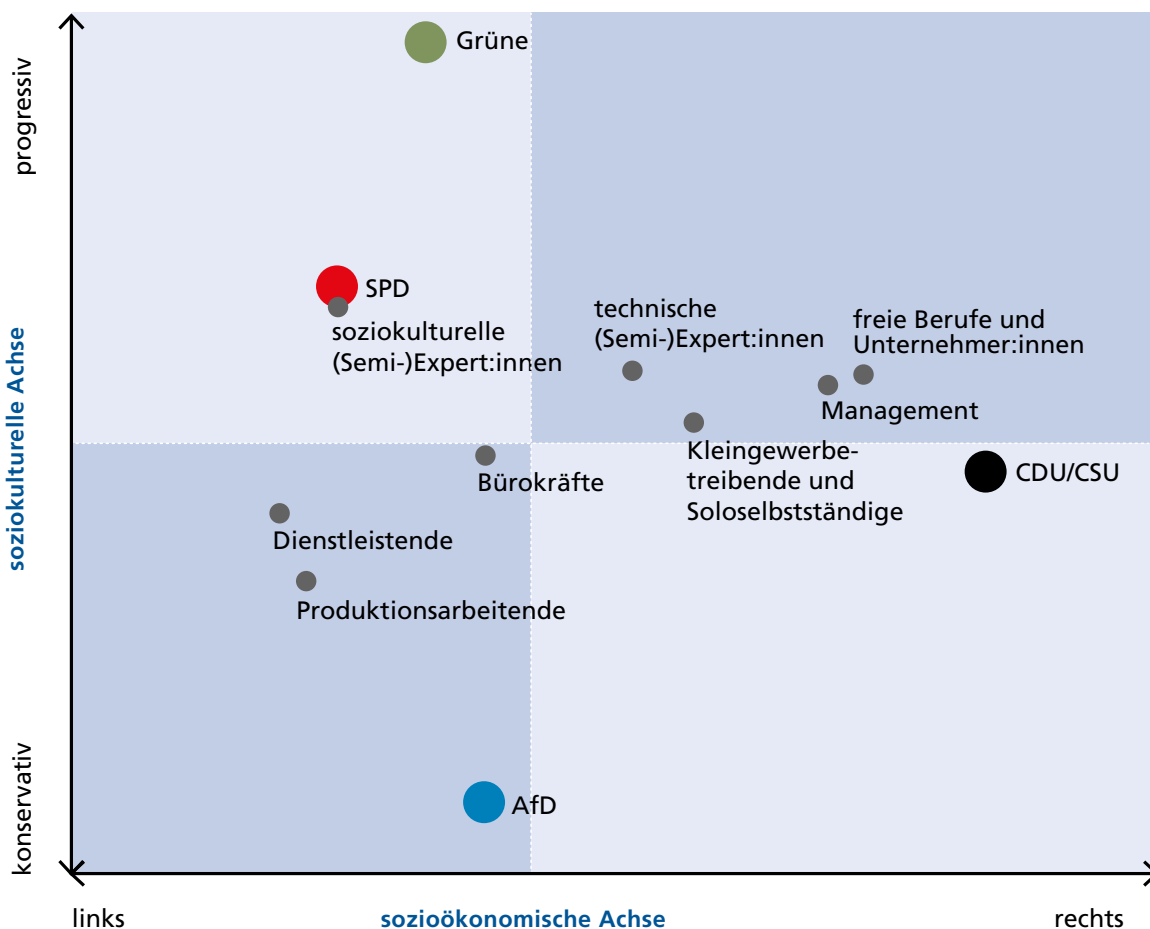
Andererseits darf man die heuristische Kraft des Modells nicht überschätzen. So würde diese räumliche Perspektive nahelegen, dass technische (Semi-)Expert:innen wie Ingenieur:innen und Informatiker:innen gleichermaßen stark zur SPD wie zur CDU/CSU neigen, da sie fast genau zwischen beiden Parteipolen positioniert sind. Allerdings stimmen sie mit fast zehn Prozentpunkten höherer Wahrscheinlichkeit für die Unionsparteien als für die Sozialdemokratie (26 zu 17 Prozent). Und selbst die soziokulturellen (Semi-)Ex-

pert:innen wie Lehrer:innen, Erzieher:innen oder Pflegekräfte, die laut Abbildung 8 positionell fast deckungsgleich mit der SPD sind, wählen diese nur knapp durchschnittlich häufig.

Damit stellt sich die Frage, ob man die Aussage, dass Menschen in bestimmten Berufsklassen aufgrund ihrer Position im zweidimensionalen Politikraum entsprechende Parteipräferenzen ausbilden, so allgemein überhaupt tätigen sollte. Verläuft die Kausalkette immer vom Beruf zu den politischen Einstellungen zur Parteipräferenz? Wäre es der Fall, dann würden die Berufsklassen ihren Einfluss mehr auf die Wahlwahrscheinlichkeit verlieren, wenn für die politischen Positionen auf der soziokulturellen und sozioökonomischen Achse kontrolliert wird. Daher nutzen wir in einem letzten Analyseschritt logistische Regressionsanalysen, welche die Parteiwahl auf die Positionen und die Berufsklassen zurückführen. Abbildung 9 stellt die Ergebnisse dar. Die blauen Dreiecke repräsentieren die Ergebnisse von Modellen, in denen die Parteiwahl allein auf

Positionen von Wähler:innen im zweidimensionalen Politikraum, differenziert nach Berufsklassen und Parteiwahl

Abb. 8



QUELLE: FES – Kartografie der Arbeiter:innenklasse, eigene Darstellung.

die Berufsklassenzugehörigkeiten zurückgeführt wird (die Referenzkategorie bildet stets diejenige Berufs-klass, die der jeweiligen Partei am wenigsten stark zuneigt). Die roten Kreise sind die Ergebnisse aus Modellen, in denen ausschließlich die beiden Achsen des zweidimensionalen Politikraums als Erklärungsfaktoren modelliert werden, und die grünen Quadrate geben die Ergebnisse der kombinierten Modelle wieder.

Für die CDU/CSU bestätigt sich der oben diskutierte Befund hinsichtlich der Berufsklassen (siehe Abbildung 4): Im Vergleich zu Produktionsarbeitenden – dem elektoralen Schwachpunkt der CDU/CSU – weisen die anderen Berufs-klassen kaum substantiell relevant höhere Wahlwahr-schein-

lichkeiten auf. Den Unionsparteien gelingt es am gleich-mäßigsten, Menschen aller Berufsklassen anzusprechen. Dabei wählen soziokulturell konservativer und sozioöko-nomisch rechts eingestellte Personen häufiger die CDU oder CSU. Für die SPD kehren sich die Vorzeichen um, sie erhält eher die Stimme von Personen, die soziokulturell progressiv und sozioökonomisch links eingestellt sind. Im Vergleich zu Menschen in freien Berufen und Unterneh-mer:innen wählen Produktionsarbeitende und Dienstleis-tende die SPD häufiger. Dieser und die anderen (Nicht-) Effekte der Berufsklassen bleiben von der Kontrolle auf die beiden Einstellungsdimensionen unberührt. Die relative Stärke bei der Arbeiter:innenklasse kommt also nicht allein

Regressionsergebnisse der Parteiwahl: Positionen und Berufsklassen

Abb. 9



Anmerkung: Unstandardisierte logistische Regressionskoeffizienten und 95-Prozent-Konfidenzintervalle; blau = Modelle nur mit Berufsklassen, rot = Modelle nur mit Politikdimensionen, grün = Modelle mit Berufsklassen und Politikdimensionen. Referenzkategorie der Berufsklassen: jeweils Klasse geringster Wahlwahrscheinlichkeit für jeweilige Partei (Produktionsarbeitende für CDU/CSU und Grüne, freie Berufe und Unternehmer:innen für SPD, soziokulturelle (Semi-)Expert:innen für AfD).

QUELLE: FES – Kartografie der Arbeiter:innenklasse, eigene Darstellung.

aufgrund der Positionen im Politikraum zustande. Insgesamt ist die Erklärungskraft der Modelle allerdings sowohl für die CDU/CSU als auch für die SPD sehr gering (Pseudo- R^2 -Werte von etwa fünf Prozent).

Die Grünen werden auch überproportional von sozio-ökonomisch links und soziokulturell progressiv eingestellten Menschen gewählt, wobei der zweite Effekt deutlich stärker ist. Die bereits in Abbildung 4 diskutierten Berufsklasseneffekte nehmen für die Grünen stark ab bzw. verschwinden zum Teil, wenn auf die beiden Politikdimensionen kontrolliert wird (die Punktschätzer in Abbildung 9 liegen in den grün dargestellten Modellen, die auch die beiden Politikdimensionen beinhalten, näher an null). Dies lässt die Interpretation zu, dass die Berufsklasseneffekte zu einem beträchtlichen Teil über Positionen mediatisiert sind, dass also z. B. die Stärke bei den soziokulturellen (Semi-)Expert:innen vor allem daran liegt, dass diese links-progressive Einstellungen haben. Für die AfD gilt, gespiegelt, das Gleiche. Neben einem sehr starken soziokulturellen Effekt – Personen mit (stark) konservativen Einstellungen wählen die AfD häufiger – steht ein schwacher, instabiler sozioökonomischer Effekt. Im Vergleich zu CDU/CSU und

SPD finden sich wie bei den Grünen deutlichere Anzeichen dafür, dass die Berufsklasseneffekte stark durch die spezifischen Positionen bedingt sind. Die hohe Wahlneigung von Produktionsarbeitenden für die AfD wird deutlich schwächer, wenn für die soziokulturellen Einstellungen kontrolliert wird. Offenbar attrahiert die AfD gerade die konservativen Produktionsarbeitenden stark. Für Grüne und AfD liegt die Modellgüte (Pseudo- R^2) bei deutlich höheren 30 Prozent.

Die alten Volksparteien haben also vergleichsweise geringere Berufsklassenprofile – die CDU/CSU eher noch in der Mittelschicht (Management), die SPD eher in der Arbeiter:innenklasse –, die sich allerdings nicht allein durch die Position im Politikraum (weg)erklären lassen können. Damit zeigt sich gleichzeitig, dass bei aller Eleganz und Plausibilität des zweidimensionalen Politikraums sich die Parteipräferenzen der Berufsklassen nicht nur nicht in dieser positionellen Logik erschöpfen. Vielmehr funktionieren sie parteispezifisch unterschiedlich: Für Grüne und AfD scheinen die Berufsklassenprofile stärker über Positionen vermittelt, bei CDU/CSU und SPD liegen Berufsklasseneffekte jenseits von politischen Positionen vor. ←

4 FAZIT

Mit den vorgestellten Parteipräferenzen von Berufsklassen liegt ein aktualisierter Versuch vor, die Verbindung von sozialstruktureller Position und politischem Wettbewerb herzustellen. Nach Oesch und Rennwald (2018) konkurrierten linke, Mitte-rechts- und rechtsradikale populistische Parteien in den Gegenwartsdemokratien Westeuropas um bestimmte Berufsklassen. Dieser Befund gilt im Großen und Ganzen auch für Deutschland im Jahr 2023: Die stimmenstärksten Parteien CDU/CSU, SPD, Grüne und AfD haben dabei jeweils spezifische Berufsklassenhochburgen und -schwächen. Für Grüne und AfD passen die Positionen der sie überdurchschnittlich unterstützenden Berufsklassen dabei sehr plausibel in den aus sozioökonomischer und soziokultureller Dimension aufgespannten Politikraum. Die Grünen werden vor allem von Personen in Mittelschichtsberufen gewählt, die AfD kann vor allem in der Arbeiter:innenschaft punkten. Umgekehrt gelingt es den Grünen dort weniger, elektorale Unterstützung zu generieren, während die AfD bei Personen der Mittelschicht schwächer abschneidet. Die CDU/CSU erhält ihre Stimmen etwas überproportional von Personen in Managementberufen, ist aber insgesamt ähnlich stark in allen Berufsklassen. Die SPD hat weiterhin in der (Dienstleistungs-)

Arbeiter:innenschaft überproportional Unterstützung, aber insbesondere unter den erwerbstätigen Produktionsarbeitenden nicht denselben Erfolg wie in der Vergangenheit. In der vergleichsweise geringer ausgeprägten Berufsklassencharakteristik ihrer Wähler:innen kann man auch den Volksparteiencharakter von insbesondere den Unionsparteien, aber auch der SPD erkennen. Beide sprechen nicht nur spezifische Berufsklassen an, sondern finden ähnliche Unterstützung in weiten Teilen der Gesellschaft.

Hervorzuheben ist die gegenwärtig wieder geringere Potenzialausschöpfung der SPD, vor allem bei den sogenannten soziokulturellen (Semi-)Expert:innen, die stark den Grünen zuneigen. Hier liegt das größte nichtrealisierte Stimmenpotenzial der Sozialdemokrat:innen (vgl. bereits zu ähnlichen Befunden Häusermann 2021). Der AfD gelingt es weiterhin mit Abstand am besten, ihr Potenzial auszuschöpfen – über fast alle Berufsklassen hinweg, aber insbesondere unter den Produktionsarbeitenden. Zusammengefasst zeigen sich zwei dreipolige Muster im Parteienwettbewerb Deutschlands. Während die Mittelschicht zwischen Union, SPD und Grünen umkämpft ist, konkurrieren vor allem AfD, SPD und CDU/CSU beinahe auf Augenhöhe um die Arbeiter:innenklasse. ←

ABBILDUNGSVERZEICHNIS

- 5 **Abbildung 1**
Das Berufsklassenschema in einer etwas reduzierten Darstellung nach Weber-Menges und Vester
- 6 **Abbildung 2**
Relative Häufigkeiten der acht Berufsklassen
- 6 **Abbildung 3**
Relative Häufigkeiten der acht Berufsklassen für Erwerbstätige und Rentner:innen
- 8 **Abbildung 4**
Parteipräferenzen, differenziert nach Berufsklassen
- 10 **Abbildung 5**
Parteipräferenzen, differenziert nach Berufsklassen, Erwerbstätigen und Rentner:innen
- 11 **Abbildung 6**
Parteipotenziele nach PTV-Werten
- 12 **Abbildung 7**
Parteipotenziele und Potenzialausschöpfung, differenziert nach Berufsklassen
- 16 **Abbildung 8**
Positionen von Wähler:innen im zweidimensionalen Politikraum, differenziert nach Berufsklassen und Parteiwahl
- 17 **Abbildung 9**
Regressionsergebnisse der Parteiwahl: Positionen und Berufsklassen
- 22 **Abbildung A1**
Parteipotenziele in den acht Berufsklassen

LITERATURVERZEICHNIS

- Abou-Chadi, Tarik; Mitteregger, Reto; Mudde, Cas 2021:** Verlassen von der Arbeiterklasse? Die elektorale Krise der Sozialdemokratie und der Aufstieg der radikalen Rechten, Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin.
- Bornschier, Simon; Lachat, Romain 2009:** The Evolution of the French Political Space and Party System, in: *West European Politics* 32, S. 360–383.
- Buchmayr, Florian 2022:** Variationen Politischen Denkens: Eine Milieutheoretische Untersuchung Politischer Einstellungsmuster, in: *Zeitschrift für Soziologie*, <https://www.degruyter.com/document/doi/10.1515/zfsoz-2022-0021/html?lang=de> (3.1.2024).
- Dalton, Russel J. 2018:** *Political Realignment: Economics, Culture and Electoral Change*, Oxford.
- Dalton, Russell J.; Flanagan, Scott C.; Beck, Paul Allen 1984:** Political Forces and Partisan Change, in: Dalton, Russell J.; Flanagan, Scott C.; Beck, Paul Allen (Hrsg.): *Electoral Change in Advanced Industrial Democracies: Realignment or Dealignment?*, Princeton, S. 451–476.
- Dalton, Russell J.; Farrell, David M.; McAllister, Ian 2011:** *Political Parties and Democratic Linkage: How Parties Organize Democracy*, Oxford.
- Dalton, Russell; Wattenberg, Martin P. (Hrsg.) 2002:** *Parties without Partisans: Political Change in Advanced Industrial Democracies*, Oxford.
- Häusermann, Silja 2021:** *Social Democracy in Competition: Voting Propensities and Electoral Trade-offs*, Working Paper.
- Hooghe, Liesbet; Marks, Gary 2018:** Cleavage Theory Meets Europe's Crises: Lipset, Rokkan, and the Transnational Cleavage, in: *Journal of European Public Policy* 25, S. 109–135.
- Hutter, Swen; Kriesi, Hanspeter (Hrsg.) 2019:** *European Party Politics in Times of Crisis*, Cambridge.
- Lichteblau, Josephine; Wagner, Aiko 2019:** Zweite Wahl mit Potential? Die Struktur des politischen Wähler_innenwettbewerbs von Union und SPD im Vergleich, Forum Berlin, Friedrich-Ebert-Stiftung.
- Oesch, Daniel 2006:** *Redrawing the Class Map: Stratification and Institutions in Britain, Germany, Sweden and Switzerland*, Basingstoke.
- Oesch, Daniel; Rennwald, Line 2018:** Electoral Competition in Europe's New Tripolar Political Space: Class Voting for the Left, Centre-Right and Radical Right, in: *European Journal of Political Research* 57, S. 783–807.
- Bakker, Ryan; Hooghe, Liesbet; Jolly, Seth; Marks, Gary; Polk, Jonathan; Rovny, Jan; Steenbergen, Marco; Vachudova, Milada 2020:** 2019 Chapel Hill Expert Survey, Version 2019.3, available on chesdata.eu, Chapel Hill, NC.
- Van der Eijk, Cees; Franklin, Mark N. 2009:** *Elections and Voters*, Basingstoke.
- Wagner, Aiko; Faas, Thorsten 2022:** Stabiles Potenzial – schwankende Ausschöpfung: Auswertung der SPD-Wahlergebnisse 1998, 2017 und 2021, Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn.
- Weber-Menges, Sonja; Vester, Michael 2011:** Probleme einer integrierten Analyse der Entwicklungsdynamiken der Berufsgliederung, in: *WSI-Mitteilungen* 64.12, S. 667–676.

Parteipotenztiale in den acht Berufsklassen

Abb. A1



Anmerkung: Parteipotenztiale (schwarz = CDU/CSU, rot = SPD, grün = Grüne, blau = AfD) nach Berufsklassen. PTV-Werte > 6.

QUELLE: FES – Kartografie der Arbeiter:innenklasse, eigene Darstellung.

WEITERE INFORMATIONEN ZUM FES-PROJEKT KARTOGRAFIE DER ARBEITER:INNENKLASSE

www.fes.de/arbeiterklasse

WEITERE VERÖFFENTLICHUNGEN ZUM THEMA

**Lechts oder rinks? –
Das Bündnis Sahra Wagenknecht im
Parteienwettbewerb**

→ FES impuls Dezember 2023 [LINK](#)

**Krisenerwachsen –
Wie blicken junge Wähler:innen auf Politik,
Parteien und Gesellschaft?**

→ FES diskurs Mai 2023 [LINK](#)

**Die Übergangenen –
Strukturschwach & erfahrungsstark. Zur
Bedeutung regionaler Perspektiven für die Große
Transformation**

→ FES Studie 2022 [LINK](#)

**Verlassen von der Arbeiterklasse? –
Die elektorale Krise der Sozialdemokratie und
der Aufstieg der radikalen Rechten**

→ FES Studie 2021 [LINK](#)

Volltexte und weitere Publikationen der Friedrich-Ebert-Stiftung unter
www.fes.de/publikationen



Impressum

© 2024

Friedrich-Ebert-Stiftung

Herausgeberin: Abteilung Analyse, Planung und Beratung
Godesberger Allee 149, 53175 Bonn

Fax 0228 883 9205

www.fes.de/apb

apb-publikation@fes.de

ISBN: 978-3-98628-521-0

Titelillustration: www.annelehmman.de

Gestaltungskonzept: www.leitwerk.com

Umsetzung/Satz: www.stetzer.net

Lektorat: Sönke Hallmann

→ Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die der Friedrich-Ebert-Stiftung. Eine gewerbliche Nutzung der von der FES herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet. Publikationen der Friedrich-Ebert-Stiftung dürfen nicht für Wahlkampfzwecke verwendet werden.

→ Der dieser Studie zu Grunde liegende Datensatz wird nach Abschluss der Auswertungen, sofern vertragliche Regelungen oder interne Richtlinien der Friedrich-Ebert-Stiftung dem nicht entgegenstehen, im Archiv der sozialen Demokratie veröffentlicht. Forschungsdaten veröffentlichen wir unter <https://collections.fes.de/>



Auf der Basis von Umfragedaten wird die aktuelle Verbindung zwischen Berufsklassen und politischen Präferenzen und Wahlabsicht untersucht. Die Ergebnisse zeigen, dass der Parteienwettbewerb in Deutschland durch einen tripolaren Wettbewerb zwischen Mitte-Links, Mitte-Rechts und rechtspopulistischen Parteien gekennzeichnet ist: Während die Mittelschicht zwischen Union, SPD und Grünen umkämpft ist, konkurrieren vor allem AfD, SPD und CDU/CSU beinahe auf Augenhöhe um die neue Arbeiter:innenklasse. Für Grüne und AfD scheinen die Berufsklassenprofile stärker über Positionen vermittelt, bei CDU/CSU und SPD liegen, wenngleich teils eher schwache, Berufsklasseneffekte jenseits von politischen Positionen vor.

ISBN 978-3-98628-521-0

**FRIEDRICH
EBERT 
STIFTUNG**

